

Antrag R-04
Jusos Bezirk Hannover

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK

Dienstplicht ist so 2011. Engagement fördern, statt Dienst zu erzwingen!

1 Dienstjahr, Deutschlandjahr, Pflichtdienst: Immer
 2 wieder wird uns alter Wein in neuen Schläuchen
 3 serviert. Zuletzt waren es einzelne Bundestagsabge-
 4 ordnete, die einen dreimonatigen sozialen Pflicht-
 5 dienst gefordert haben, und damit auf den Wagen
 6 von unserem Bundespräsidenten sprang, der zuvor
 7 öffentlich eine soziale Pflichtzeit zur Debatte stellte
 8 und dabei vom Militärdienst bis zur Betreuung von
 9 Senior*innen eine Bandbreite an möglichen Pflicht-
 10 tätigkeiten für junge Menschen aufzählte.

11 Dieser Vorschlag ist nicht neu. Vor vier Jahren war
 12 es die damalige Bundesverteidigungsministerin An-
 13 negret Kramp-Karrenbauer, die mit einem "Dienst-
 14 jahr" nicht nur den sozialen Zusammenhalt, son-
 15 dern vor allem auch die Bundeswehr stärken woll-
 16 te. Insbesondere konservative Kommentator*innen
 17 greifen jede Wiederholung dieses Vorschlags ger-
 18 ne auf. Egal wie genau das jeweilige Modell ge-
 19 nannt wird, auf welche Dienste es sich erstreckt
 20 oder wie lang es dauern soll, eins haben alle Vor-
 21 schläge gemeinsam: Ältere Menschen wollen jun-
 22 gen Menschen vorschreiben, wie sie sich in diese
 23 Gesellschaft einzubringen haben. Sie interessieren
 24 sich dabei nicht für die Bedürfnisse junger Men-
 25 schen und sie bringen vor allem einen negativen
 26 Blick auf junge Generationen mit, statt ihr vielsei-
 27 tiges Engagement anzuerkennen. **Wir wollen, dass**
 28 **junge Menschen endlich einbezogen und nicht ein-**
 29 **gezogen werden!**

30 **Wieso eine Dienstplicht junges Engagement nicht**
 31 **fördert**

32 Die Dienstplicht soll, so die Befürworter*innen, den
 33 sozialen Zusammenhalt stärken, indem sie junge
 34 Menschen dazu bringe, sich mehr für ihre Mitmen-
 35 schen zu engagieren und einzusetzen. Dabei ist die-
 36 se Überlegung aus verschiedenen Gründen falsch.
 37 Erstens engagieren sich zahlreiche junge Menschen
 38 neben Schule, Studium und Ausbildung oder ab-
 39 absolvieren ein freiwilliges Jahr nach ihrer Schulzeit
 40 - und das obwohl das Engagement junger Men-
 41 schen an vielen Stellen eher gebremst als gefördert
 42 wird. Der negative Blick auf die Jugend wird die-
 43 sem vielseitigen Engagement nicht gerecht. Zwei-
 44 tens ist überhaupt nicht ersichtlich, wie eine Dienst-

Wieso eine Dienstplicht junges Engagement nicht
fördert.

- Schule, Ausbildung, Studium und Weiterbil-
 dung müssen so gestaltet sein, dass jun-
 ge Menschen ausreichend Freizeit haben, um
 sich ehrenamtlich zu engagieren. Für eine de-
 mokratische und resiliente Gesellschaft dür-
 fen junge Menschen faktisch nicht vor die
 Wahl gestellt werden: Bildungsabschluss oder
 Ehrenamt.
- Mehr Freiräume für junge Berufstätige und
 junge Eltern schaffen: Engagement kann nicht
 isoliert von den Rahmenbedingungen be-
 trachtet werden, in denen es stattfindet. Un-
 sicherheit und Stress im Job halten junge Be-
 rufstätige vom Engagement ab, viele, die vor-
 her aktiv waren, hören nach Schule oder Stu-
 dium sogar damit auf. Wer mehr Engagement
 will, muss sich für eine drastisch verringerte
 Wochenarbeitszeit und unbefristete Ver-
 träge einsetzen! Für junge Familien braucht
 es deutlich bessere Betreuungsmöglichkeiten
 und gleichzeitig elternfreundliche Strukturen
 in Vereinen und Parteien.
- Egal ob Freiwillige Feuerwehr, Chorgruppe, po-
 litische Jugendorganisation und vieles mehr
 - das breit gefächerte Ehrenamt braucht ei-
 ne gleichwertige gesellschaftliche Anerken-
 nung!
- Freiwilligendienste wie FSJ oder BFD müssen
 endlich fair bezahlt werden. Dazu gehört min-
 destens eine Bezahlung auf Mindestlohn-
 niveau. Durch Arbeitsbedingungen und unzu-
 reichende Vergütung werden junge Menschen
 aktuell daran gehindert, sich so einzubringen,
 wie sie es gerne würden.
- **Nichts motiviert so sehr wie Mitbestimmung:**
 Das Modell "Pflichtdienst" ist von einem pa-
 ternalistischen Blick auf junge Menschen ge-
 prägt. Der Staat müsse als strenges Familien-
 oberhaupt die ihm unterstellten Kinder dazu
 zwingen, sich unterzuordnen und dem Kollektiv
 zu dienen. Dieses Denken ist illiberal und
 nicht zeitgemäß. Wer möchte, dass Menschen

45 pflicht bei denjenigen, die aktuell nicht an sozialem
 46 Engagement interessiert sind, zu einem Sinneswan-
 47 del führen soll. Zwang überzeugt nicht. Im Gegen-
 48 teil, Menschen, die sich zu Tätigkeiten gezwungen
 49 fühlen, womöglich sogar von ihren eigentlichen In-
 50 teressen abgehalten fühlen, werden gesellschaftli-
 51 chen Einsatz danach vor allem als Last auffassen.
 52 Und drittens sind mögliche Tendenzen zur gesell-
 53 schaftlichen Polarisierung nicht auf eine mangeln-
 54 de soziale Ausrichtung der Jugend zurückzuführen.
 55 Der Blick auf Gruppen, die Hass und Hetze in der Ge-
 56 sellschaft vorantreiben, zeigt etwas ganz anderes:
 57 Querdenker*innen, Pegida, Reichsbürger*innen oder
 58 AfD-Anhänger*innen, um nur einige Beispiele zu
 59 nennen, zeichnen sich allesamt durch ein vergleichs-
 60 weise hohes Durchschnittsalter aus. Viele der daran
 61 Beteiligten haben entweder noch Wehr- oder Zivil-
 62 dienst absolviert. Vor Radikalisierung und Hass auf
 63 Andersdenkende hat es sie nicht bewahrt. Gleichzeit-
 64 ig zeigen Studien wie die Mitte-Studie der FES, dass
 65 Jugendliche insgesamt toleranter und weltoffener
 66 sind. Der Lösungsvorschlag "Pflichtdienst" kann also
 67 schon deshalb nicht erfolgreich sein, weil er an den
 68 realen Problem vorbeigeht.

69 **Wehrpflicht? Nein danke!**

70 Wir stehen seit über 10 Jahren für das Ende der
 71 Wehrpflicht ein. Bei der Diskussion um ein verpflich-
 72 tendes Dienstjahr müssen wir diese Position erneut
 73 bestärken. Trotz der aktuellen Umstände und dem
 74 Krieg in Europa, der so einige unserer Positionen än-
 75 dert, dürfen wir nicht an der Ablehnung der Wehr-
 76 pflicht zweifeln. Eine allgemeine Wehrpflicht löst
 77 nicht die Probleme der Bundeswehr, sondern wür-
 78 de sie verstärken. Selbst die Führungsetage der Bun-
 79 deswehr lehnt die Dienstpflicht ab und sieht sich
 80 nicht in der Lage, 700.000 junge Menschen auszu-
 81 bilden. Unmotivierte Wehrdienst- oder Zivildienst-
 82 leistende helfen weder der Bundeswehr, noch so-
 83 zialen Einrichtungen. Ebenso wie das soziale Jahr,
 84 muss auch die Verteidigungspolitik reformiert wer-
 85 den. Statt einer Dienstpflicht müssen wir die Fehler
 86 der letzten Verteidigungsminister*innen aufarbei-
 87 ten und die Ausstattung und Ausbildung der Bun-
 88 deswehr reformieren. Ausrüstung und Ausbildung
 89 befinden sich derzeit in einem miserablen Zustand,
 90 der die Bundeswehr schlecht einsatzfähig macht.
 91 Die Mehrausgaben einer Wehrpflicht stehen in kei-
 92 nem Verhältnis zu den finanziellen Mitteln, die nö-
 93 tig sind, um unsere Bundeswehr einsatzfähig zu ma-

sich langfristig in diese Gesellschaft einbrin-
 gen, sollte eine innere Motivation bei ihnen
 hervorrufen. **Die stärkste Motivation ist die
 Erfahrung, durch Engagement mitbestimmen
 und gestalten zu können.** Dazu gehört auch,
 dass die Politik jünger und vielfältiger wer-
 den muss. Nicht zuletzt die Debatte über die
 Dienstpflicht zeigt, dass immer noch viel zu oft
 über junge Menschen gesprochen wird und
 viel zu selten mit ihnen.

- Teilhabe muss nicht verdient werden: Alle Menschen in der Gesellschaft haben das gleiche Recht auf Mitbestimmung, unabhängig von ihrer Leistung oder vergangenen Leistungen. "Dienste" an der Allgemeinheit dürfen nicht zur Voraussetzung für Teilhabe gemacht werden.

Adressat:

SPD-Bundestagsfraktion

94 chen. Vielmehr müssen wir die gemeinsame Vertei-
95 digungspolitik der NATO stärken und in eine bünd-
96 nisfähige Armee investieren. Gemeinsam mit den
97 NATO-Partnern verfügen wir über knapp 3 Millio-
98 nen Soldat*innen, die ein unvergleichbares Vertei-
99 digungsbündnis darstellen. Es spricht gegen unser
100 jungsozialistisches Grundverständnis, junge Men-
101 schen zum Kriegsdienst zu zwingen. Junge Men-
102 schen müssen selbst entscheiden dürfen, ob und in-
103 wiefern sie sich an der Verteidigungspolitik betei-
104 ligen. Eine Förderung und Modernisierung des frei-
105 willigen Wehrdienstes ist dabei zielführender und
106 nachhaltiger als ein verpflichtendes Dienstjahr bei
107 der Armee.

108 **Ursache und Symptom nicht vertauschen: Eine**
109 **Dienstpflicht hilft den Gesundheitsberufen nicht!**

110 Aktuell sind es über 200.000 und bis zum Jahr 2030
111 sogar circa 500.000 Pfleger*innen die in Deutsch-
112 land im Rahmen des Pflegenotstands fehlen und
113 fehlen werden. Darüber hinaus erwägen sogar noch
114 zusätzlich knapp 40% der Pflegekräfte ihren Beruf zu
115 verlassen. Dies ist die Folge von schlechten Arbeits-
116 bedingungen im Gesundheitswesen, in der Pflege
117 und in den Krankenhäusern unter denen die Ange-
118 stellten ihre hoch anzuerkennende Arbeit bewälti-
119 gen müssen. In der Diskussion zum Dienstjahr soll
120 nun das jahrelange Politikversagen kaschiert und
121 die Personallücken in den Gesundheits- und So-
122 zialberufen mit jungen ungelerten Menschen im
123 verpflichtendem Dienstjahr mit prekärer Beschäfti-
124 gung gestopft werden. Der Vorschlag ist den enga-
125 gierten Fachkräften in der Pflege und in sozialen Be-
126 rufen respektlos gegenüber und verkennt Ursache
127 und Symptom, denn die Pflegekräfte brauchen kei-
128 ne kurzfristig anzulernenden Hilfskräfte, welche ihr
129 Dienstjahr verrichten müssen. Wir brauchen endlich
130 strukturelle Veränderungen und bessere Arbeitsbe-
131 dingungen! Konkret heißt das mehr Bezahlung, we-
132 niger Zeitdruck, bessere Vereinbarkeit mit der Fa-
133 milie, flexiblere Arbeitszeiten, eine bessere Mitbe-
134 stimmung und eben auch mehr Personal, damit das
135 Gefühl vieler Pflegekräfte den vielen Patient*innen
136 nicht mehr gerecht werden zu können, endlich en-
137 det. Den Personalmangel wird man politisch nur ge-
138 recht, wenn man das Problem an der Wurzel packt
139 und endlich die notwendigen verbesserten Arbeits-
140 bedingungen schafft. Denn es können sich 48% der
141 Pflegeberufsausteiger*innen vorstellen bei den ver-
142 besserten Arbeitsbedingungen ihren erlernten Be-

143 ruf wieder auszuüben.

144 **Zusammenhalt fördern statt erzwingen**

145 Zahlreiche junge Menschen engagieren sich bereits
146 in Initiativen, Vereinen und Parteien. Viele weitere
147 würden sich gerne mehr engagieren. Statt ein weite-
148 res Mal über Pflichtjahre zu debattieren, sollten wir
149 endlich darüber sprechen, wie wir dieses freiwillige
150 Engagement wirklich fördern und stärken können.

- 151 • Schule, Ausbildung, Studium und Weiterbil-
152 dung müssen so gestaltet sein, dass jun-
153 ge Menschen ausreichend Freizeit haben, um
154 sich ehrenamtlich zu engagieren. Für eine de-
155 mokratische und resiliente Gesellschaft dür-
156 fen junge Menschen faktisch nicht vor die
157 Wahl gestellt werden: Bildungsabschluss oder
158 Ehrenamt.
- 159 • Mehr Freiräume für junge Berufstätige und
160 junge Eltern schaffen: Engagement kann nicht
161 isoliert von den Rahmenbedingungen be-
162 trachtet werden, in denen es stattfindet. Un-
163 sicherheit und Stress im Job halten junge Be-
164 rufstätige vom Engagement ab, viele, die vor-
165 her aktiv waren, hören nach Schule oder Stu-
166 dium sogar damit auf. Wer mehr Engagement
167 will, muss sich für eine drastisch verringerte
168 Wochenarbeitszeit und unbefristete Ver-
169 träge einsetzen! Für junge Familien braucht
170 es deutlich bessere Betreuungsmöglichkeiten
171 und gleichzeitig elternfreundliche Strukturen
172 in Vereinen und Parteien.
- 173 • Egal ob Freiwillige Feuerwehr, Chorgruppe, po-
174 litische Jugendorganisation und vieles mehr
175 - das breit gefächerte Ehrenamt braucht ei-
176 ne gleichwertige gesellschaftliche Anerken-
177 nung!
- 178 • Freiwilligendienste wie FSJ oder BFD müssen
179 endlich fair bezahlt werden. Dazu gehört min-
180 destens eine Bezahlung auf Mindestlohn-
181 niveau. Durch Arbeitsbedingungen und unzu-
182 reichende Vergütung werden junge Menschen
183 aktuell daran gehindert, sich so einzubringen,
184 wie sie es gerne würden.
- 185 • **Nichts motiviert so sehr wie Mitbestimmung:**
186 Das Modell "Pflichtdienst" ist von einem pa-
187 ternalistischen Blick auf junge Menschen ge-
188 prägt. Der Staat müsse als strenges Familien-
189 oberhaupt die ihm unterstellten Kinder dazu
190 zwingen, sich unterzuordnen und dem Kollektiv
191 zu dienen. Dieses Denken ist illiberal und

192 nicht zeitgemäß. Wer möchte, dass Menschen
193 sich langfristig in diese Gesellschaft einbrin-
194 gen, sollte eine innere Motivation bei ihnen
195 hervorrufen. **Die stärkste Motivation ist die**
196 **Erfahrung, durch Engagement mitbestimmen**
197 **und gestalten zu können.** Dazu gehört auch,
198 dass die Politik jünger und vielfältiger wer-
199 den muss. Nicht zuletzt die Debatte über die
200 Dienstpflicht zeigt, dass immer noch viel zu oft
201 über junge Menschen gesprochen wird und
202 viel zu selten mit ihnen.

203 • Teilhabe muss nicht verdient werden: Alle
204 Menschen in der Gesellschaft haben das glei-
205 che Recht auf Mitbestimmung, unabhängig
206 von ihrer Leistung oder vergangenen Leistun-
207 gen. "Dienste" an der Allgemeinheit dürfen
208 nicht zur Voraussetzung für Teilhabe gemacht
209 werden.

210 **Demokratie und Freiheit**

211 Demokratie bedeutet Freiheit und eine Wahl zu ha-
212 ben. Daher ist es unsere Aufgabe als demokratische
213 Gesellschaft durch politisches Handeln die Rahmen-
214 bedingungen so zu setzen, dass alle Menschen und
215 insbesondere auch junge Menschen wählen kön-
216 nen, wie sie sich nachhaltig engagieren und für
217 Menschen einsetzen wollen.